

Nachrichten

KARIN SCHWAB

«Man ist ständig online»

Karin Schwab, Chefjuristin von Ebay, spricht über die Arbeit im Silicon Valley, Datenschutz und Frauenquoten. SEITE 10+11



+++ Kunden sollen von tieferer Mehrwertsteuer profitieren SEITE 11 +++ Massendemo in Barcelona für die Einheit SEITE 13 +++

9

Es ist eine mutige Entscheidung von Spaniens Regierungschef Mariano Rajoy, in der Krisenregion Katalonien so schnell wie möglich Wahlen anzusetzen. Mit der Ankündigung, schon am 21. Dezember, also in knapp zwei Monaten, die Katalanen an die Urnen zu rufen, hat er alle überrascht.

Dieses Mal ist es eine legale Wahl und keine Abstimmungsfarce wie das illegale Unabhängigkeitsreferendum der Separatisten vom 1. Oktober. Es gibt wenig Zweifel, dass dieser neue Urnengang im Dezember in der tief gespaltenen spanischen Region zu einem indirekten Plebiszit über die Zukunft Kataloniens werden wird.

Mit dem Wahlgang schlägt Rajoy zwei Fliegen mit einer Klappe: Er sorgt dafür, dass nach der Absetzung der gesetz-

Kommentar



Spanien-Korrespondent **Ralph Schulze** zu den Neuwahlen in Katalonien

Ein überraschender und mutiger Entscheid

brecherischen Separatistenregierung in Barcelona so schnell wie möglich wieder eine neue reguläre Regionalregierung ins Amt kommt. Und er gibt den 7,5 Millionen Katalanen die Chance, an den Urnen einen demokratischen Ausweg aus der aktuellen politischen Sackgasse zu finden.

Die Mehrheit der Katalanen, so sagen es die Umfragen, sieht nach Wochen maximaler politischer Spannungen und wachsender gesellschaftlicher Konfrontation eine Wahl als beste Lösung an. Dabei ist nicht zu übersehen, dass mit der Neuwahl ganz unterschiedliche Hoffnungen verbunden werden.

Rajoy und das prospanische Lager setzen darauf, dass die kompromisslose Abspaltungspolitik des Separatistenchefs Carles Puigdemont auch bei den Unabhängigkeitsbefürwortern nicht ungeteilten Beifall findet. Eine Spal-

tungspolitik, die Puigdemont ohne Rücksicht auf das Gesetz, auf soziale Brüche und wirtschaftliche Schäden durchzog. Im antspanischen Lager glauben derweil nicht wenige, dass die Separatistenbewegung gestärkt aus dem Wahlgang hervorgeht. Dort geht man davon aus, dass der unverhältnismässige Polizeieinsatz am Tag des Referendums und auch die jetzige staatliche Einmischung in die katalanische Autonomie die Abneigung gegen Spanien wachsen lassen.

Es gibt freilich noch einen dritten möglichen Wahlausgang: Alles bleibt beim Alten. Was auch nicht unwahrscheinlich ist, wenn eine neue Umfrage der katalanischen Zeitung «El Periódico» richtig liegt, wonach der Separatistenblock bei Wahlen mit 47,9 Prozent der Stimmen rechnen kann. Das wäre ziemlich genau das Ergebnis, das die Sezessionisten vor

zwei Jahren erzielten – und das ihnen damals eine knappe absolute Mehrheit in der katalanischen Kammer verschaffte.

Aus einer weiteren aktuellen Umfrage der nationalen Zeitung «El Mundo» können derweil die Verteidiger der spanischen Einheit Hoffnung schöpfen. Demnach kämen die drei Separatistenparteien zusammengerechnet nur noch auf 42,5 Prozent und würden somit ihre bisherige Mehrheit verlieren.

Die Stunde der Wahrheit für Katalonien wird im Dezember kommen. Dann wird man sehen, welche Schlüsse die Katalanen aus dieser schweren regionalen Krise ziehen, die in den letzten Tagen ganz Europa in Atem hielt.

Bericht: Seite 13
Mail: ausland@bernerzeitung.ch

Der Schein trügt bei der Papizeit

VATERSCHAFTSURLAUB Die Schweiz sei familienpolitisch ein Entwicklungsland in Europa, argumentieren Befürworter eines vierwöchigen Vaterschaftsurlaubs. Ein Blick über die Landesgrenze zeigt aber: Auch bei unseren Nachbarn ist nicht alles Gold, was glänzt.

Links der Mitte war man regelrecht empört. Der Bundesrat entschied vorletzte Woche am selben Tag, dass er für die Olympischen Spiele eine Milliarde lockermachen will, für einen vierwöchigen Vaterschaftsurlaub aber keinen roten Rappen. «Für wen genau macht diese Regierung Politik?», fragte sich SP-Nationalrat Cédric Wermuth auf Twitter. Auch CVP-Nationalrätin Barbara Schmid Federer konnte den Entscheid kaum fassen: «Ohne Gegenvorschlag? Das glaube ich jetzt echt nicht, lieber Bundesrat...»

Der Tenor der Befürworter war klar: In anderen europäischen Ländern werden Väter durch Vaterschaftsurlaube und Elternzeit aktiv zur Familienarbeit ermuntert, die Schweiz hingegen bleibt in veralteten Rollenbildern verhaftet. Im internationalen Vergleich sei man ein Entwicklungsland, schreiben die Initianten auf ihrer Website. Als Beweis für den Aufholbedarf zeigen die Befürworter gern eine Statistik der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Dort sieht man, dass sogar Länder wie die Türkei oder Mexiko heute mehr für ihre Väter tun als die Schweiz (siehe Grafik). Es fällt auch auf, dass die umliegenden Länder alle sehr grosszügige Regelungen haben: Deutschland und Österreich mit je 9 Wochen, Frankreich sogar mit 28 Wochen Vaterschaftszeit. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich bei den drei Ländern jedoch eine grosse Diskrepanz zwischen dem möglichen Anspruch und der Wirklichkeit.

Deutschland: Vorteil für Besserverdienende

Am besten funktioniert das System noch in Deutschland. 36 Prozent der frischgebackenen Väter bezogen hier 2016 eine Auszeit vom Beruf – Tendenz steigend. Frau und Mann können sich eine bezahlte Elternzeit frei aufteilen.



Trotz Papizeit: Väter reissen sich nicht um die Kinderbetreuung. Fotolia

In der Regel nimmt die Frau zwölf Monate in Anspruch, der Mann zwei.

Der Haken: Die neusten Zahlen des Statistischen Bundesamts zeigen, dass fast nur gut verdienende Väter die Elternzeit in Anspruch nehmen. 2016 verfügten drei Viertel der männlichen Leistungsbezüger über ein Nettoeinkommen, das über dem Durch-

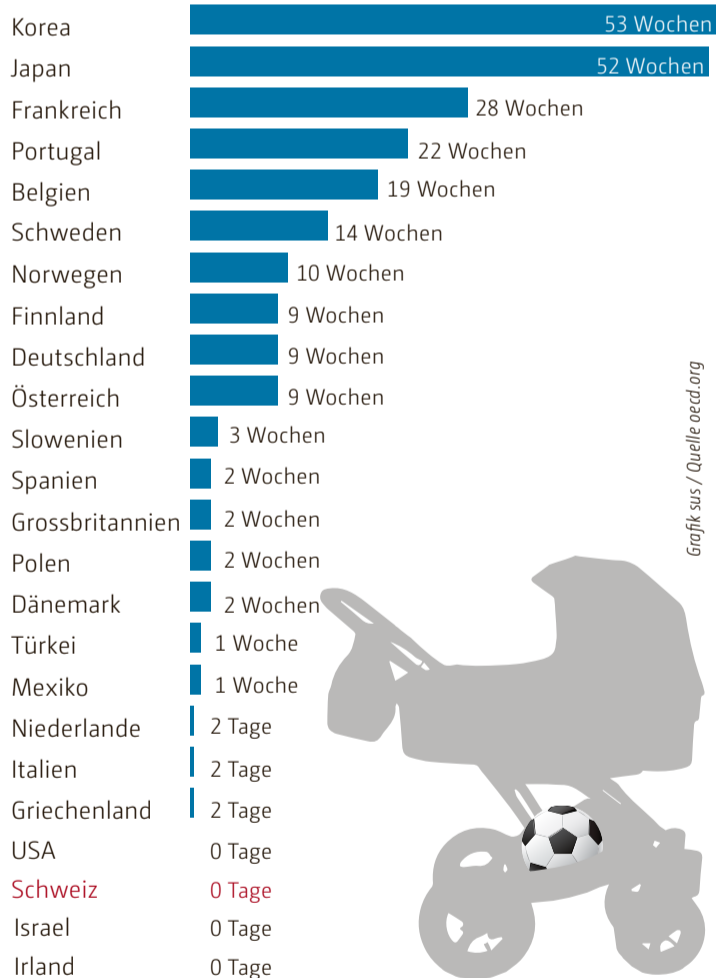
schnitt liegt. Der Grund ist simpel: Es werden nur 67 Prozent des Einkommens ausbezahlt. Wer wenig verdient, kann sich die Papizeit darum gar nicht leisten.

Frankreich: Knapp 3 Wochen Elternzeit

In Frankreich nutzen immerhin sieben von zehn Vätern die 14 Tage Vaterschaftsurlaub gleich

PAPIZEIT IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Bezahlte Vaterschafts- und Elternzeit, die nur vom Vater bezogen werden kann.



Grafik sus / Quelle oecd.org



ten Kinderbetreuungsgeld beziehen. Dieses Geld wird aber jeweils nur an einen Elternteil ausbezahlt. Ein gleichzeitiger Bezug wie in Deutschland steht nicht im Angebot. Für Väter ist es zudem erst zwei Monate nach der Geburt möglich, einen Anspruch geltend zu machen. Die Folge: Auch in Österreich bleibt die Zahl betreuender Papis seit Jahren im tiefen einstelligen Prozentbereich.

Zudem ist es erst seit März 2017 für Väter überhaupt möglich, unmittelbar nach der Geburt des Kindes zu Hause zu bleiben. Der sogenannte Papamonat wird mit pauschal 700 Euro aus der Krankenkasse vergütet. Nicht nur die tiefe Vergütung macht dieses Angebot unattraktiv. Es braucht auch für die vierwöchige Abwesenheit eine Bewilligung vom Arbeitgeber – einen rechtlichen Anspruch gibt es weiterhin nicht.

Die Schweizer Lösung wäre vergleichsweise grosszügig

Adrian Wüthrich ist Vereinspräsident der Initiative «Vaterschaftsurlaub jetzt» und Präsident von Travail Suisse, welche die Initiative lanciert hat. Er sagt, dass man sich beim Verfassen des Initiativtextes explizit nicht am Ausland orientierte. «Wir haben uns überlegt, was eine vernünftige Lösung für die Schweiz sein könnte.» Deshalb habe man «grössere Wünsche», wie zum Beispiel eine ausgebauten Elternzeit wie in Deutschland, vorerst nicht berücksichtigt. «Für uns sind diese 4 Wochen bereits ein Kompromiss», so Wüthrich.

Auch wenn die Zahlen auf den ersten Blick etwas anderes aussagen: Würde die Initiative angenommen, wären die Väter in der Schweiz vergleichsweise gutgestellt. Im Gegensatz zu Deutschland würden zum Beispiel 80 statt 67 Prozent des Gehalts ausbezahlt werden. Bereits heute kennen vor allem grosse Unternehmen in der Schweiz teils noch grosszügigere Modelle als im Initiativtext gefordert (siehe Kasten). Auch die meisten öffentlichen Arbeitgeber gehen übers gesetzliche Minimum von einem Tag. Der Kampf begriff Entwicklungsland, welche die Befürworter oft und gern verwenden, gilt also bereits heute nur bedingt.

Quentin Schlapbach

GROSSZÜGIGE FIRMAN

Auf politischer Ebene hat die Diskussion um einen gesetzlich verankerten Vaterschaftsurlaub erst begonnen. Doch in den Schaltzentralen der Grosskonzerne werden bereits Fakten geschaffen. **Und diese Regelungen fallen teils weit grosszügiger aus als die Lösung im Initiativtext** (siehe Haupttext).

Die Unternehmen Johnson & Johnson und Ikea haben beispielsweise angekündigt, **ab 2018 neu einen Vaterschaftsurlaub von 8 Wochen einzuführen.** Auch andere Firmen wie AXA, Mobility (20 Tage), Clariant (16 Tage), IBM, Mobiliar, Migros, Raiffeisen (je 15 Tage) UBS, CS, Swiss Re, Swisscom, SBB, SRG,

Lidl, Post und ZKB (je 10 Tage) gehen bereits heute weit über Minimum von einem Tag. Das hat auch mit Eigennutz zu tun: **Eine grosszügige Regelung beim Vaterschaftsurlaub macht ein Unternehmen für junge, talentierte Arbeitnehmer mit Familienwunsch besonders attraktiv.** Auch die öf-

fentliche Hand ist am Aufstücken. In den meisten Kantonen sind heute 5 Tage Papizeit Standard. Bei einigen Kantonen (Bern, Basel, Genf, Waadt) sind es 10 Tage, so auch beim Bund. **Noch weiter gehen manche Städte: Bern (15 Tage), Biel, Genf, Lausanne und Neuenburg (je 20 Tage).** qsc